

Bürgerschaftspräsident Christian Weber

**Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft
am Dienstag, 10. Januar 2017, um 11.30 Uhr im Festsaal**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Im Märchen „Alice im Wunderland“ bittet das abenteuerlustige Mädchen Alice die Grinsekatze um Orientierung in einer Welt voller Unsinnigkeiten: „Würdest du mir sagen, welchen Weg ich einschlagen muss?“ „Das hängt davon ab, wohin du gehen willst“, antwortet das körperlose Wesen. Alice: „Das ist mir ziemlich gleichgültig. Hauptsache ist, ich komme irgendwohin.“ Darauf die Grinsekatze: „Dann ist es einerlei, welchen Weg du einschlägst. Gehe nur lange genug.“
Soweit ein kleiner Ausflug in das Reich der Fantasie.

Der Weg ist hier das Ziel – ein Prozess, der im kulturellen Schaffen, in Kunst und Literatur, durchaus typisch ist. Ich komme auf die Kultur später noch zurück. Ich frage mich in letzter Zeit, ob dieses Prinzip auch für die Politik gilt? Denn so manche bisher unverrückbar scheinenden Ziele sind unklar oder sogar verlorengegangen. Anderes macht uns ratlos. Täusche ich mich – oder stehen heute viel mehr Fragen als Antworten im Raum?

Meine Damen und Herren, es liegt mir fern, Sie hier und heute in ein Stimmungstief zu versetzen, schon gar nicht gleich am Anfang eines neuen, frischen Jahres 2017. Deshalb möchte ich Sie mit einem sehr warmherzigen Willkommensgruß im Haus der Bürgerschaft empfangen. Ich begrüße Sie persönlich und im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen. Nutzen Sie zum Jahresauftakt unser helles Ambiente, einen der schönsten öffentlichen Räume Bremens zur Begegnung, zum Gedankenaustausch, zur Inspiration. Denn auch das Mädchen Alice hat am Ende ein Ziel erreicht: nämlich die Angst zu überwinden – sie hat die Gewissheit gewonnen, dass sie sich in einer Umgebung der bösen Überraschungen und Orientierungslosigkeit am besten selber vertrauen muss und auch vertrauen darf. Das ist doch nicht die schlechteste Erfahrung, die ein Mensch machen kann, wenn er zutiefst verunsichert wurde.

Meine Damen und Herren,

die Zukunft ist ungewiss. Lassen Sie uns also zunächst bei den kleinen Gewissheiten des hier und heute bleiben: unserer Gästeliste zum Beispiel. Ich freue mich sehr über das Kommen von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und Bürgermeisterin Karoline Linnert. Beiden sind die bremischen Erfolge bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen zu verdanken. Der Bürgermeister hat das 480-Millionen-Paket ab 2020 als „historisch“ bezeichnet, als existenzsichernd für ein selbständiges Bremen. Das ist auf Dauer ganz sicher gut für die Menschen, die hier wohnen.

Begleitet werden die Bürgermeister von Mitgliedern des Bremer Senats. Ihnen allen wird 2017 ein gewaltiges Arbeitspensum abverlangt. Über 2000 Wohnungen sind zu errichten – mit bezahlbarem Wohnraum, an die 900 Kita-Plätze werden dringend gebraucht. Es geht um den Ausbau der Schulangebote und vor allem um Prävention und mehr Investitionen für innere Sicherheit. Und es geht darum, diejenigen Bürgerinnen und Bürger zu befrieden, die öffentliche Dienstleistungen im vergangenen Jahr eher als nervenaufreibendes Ärgernis denn als freundliches, selbstverständliches Angebot erfahren mussten. Ich wünsche Ihnen dafür viel Kreativität und Kraft! Ich weiß, dass große Anstrengungen unternommen werden. Politische Entscheidungen dürfen dabei nicht nur für die nächsten zwei, drei Jahre zum Besten Bremens getroffen werden. Wir müssen den Boden bereiten zum Besten der nächsten Generation! Das große Hamburg hat sein gigantisches Koste-es-was-es-wolle-Projekt „Elbphilharmonie“ großspurig-genial mit der Werbebotschaft ummantelt: „Aussichtlos war gestern“. Meine Damen und Herren im Senat, ich wünsche Ihnen und uns, dass es über die Mühen in Bremen nicht heißen möge: „Aussichtlos ist morgen“.

Meine Damen und Herren, aus Bremerhaven begrüße ich die Vorsteherin der Stadtverordnetenversammlung Brigitte Lückert, Oberbürgermeister Melf Grantz und den Stadtverordnetenvorsteher a.D. Artur Beneken. Ich begrüße Staatsgerichtshofspräsidentin Ilsemarie Meyer. Und ich heiße die Vorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft herzlich willkommen. Ihnen gilt mein besonderer Dank - für beträchtliches Engagement und viel Ehrgeiz.

Ein Auszug aus dem Leistungskatalog: Der Doppelhaushalt 2016/2017 konnte noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Die finanzielle Situation im Land spiegelte sich wider in zwei Regierungserklärungen mit Aussprachen zum Thema Länderfinanzausgleich, diversen Debatten zur Eingliederung der Flüchtlinge und im Misstrauensantrag gegen die Finanzsenatorin im Juni 2016, der abgelehnt wurde. Und bei der Verabschiedung des Gesetzes zum Staatsvertrag zur Übernahme der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank durch die NordLB gingen Licht und Schatten ineinander über.

Kontroversen sind das Elixier eines lebendigen Parlamentarismus, der in Bremen sehr ausgeprägt ist. Jedenfalls hätte er mehr öffentliche Aufmerksamkeit verdient. Wir haben das Petitionsgesetz geändert, ich sage mal „rationalisiert“, und die Bestimmungen zur Immunität der Abgeordneten durchforstet. Identitätsstiftend wirken die Anpassungen des Landesmediengesetzes und Radio-Bremen-Gesetzes, die die Minderheitensprache Plattdeutsch fördern. Die Bürgerschaft hat erneut einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der diesmal den organisierten Sozialleistungsbetrag in Bremerhaven aufklären soll. Wichtig finde ich, dass sich der Ausschuss zur Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts noch einmal mit einem grundlegenden und komplexen Thema der Demokratie befasst. Für die Zukunft bin ich persönlich froh, dass wir das Ende 2017 auslaufende Feiertagsgesetz in der jetzigen Form bewahren wollen – und damit unserer vielfältigen bremischen Gesellschaft letztlich u.a. immer wieder ein gemeinsames Innehalten ermöglichen. Also: Der Arbeitseifer unserer Abgeordneten ist groß, so groß, dass wir eine lange Liste von Tagesordnungspunkten vor uns herschieben. Im Gegensatz zu den Verhältnissen auf Bremens Straßen herrscht in unserem Parlamentswesen inzwischen ein nicht mehr hinnehmbarer Stau. ...

Meine Damen und Herren, natürlich begrüße ich auch die ehemaligen Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft unter uns. Ich darf die Abgeordneten von Bundestag und Europaparlament willkommen heißen. Ich freue mich über die Anwesenheit unserer früheren Bürgermeister Jens Böhrnsen und Klaus Wedemeier, und ich freue mich, dass der ehemalige Senator und Bürgermeister Moritz Thape zu uns gekommen ist. Ich begrüße General- und Honorarkonsuln aus Bremen, Hamburg und Hannover und die Vertreter ausländischer Missionen. Besonders begrüßen möchte ich die Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Landräte aus unserem Umland.

Begrüßen möchte ich die uns sehr willkommenen Gäste aus den Kirchen, der jüdischen Gemeinde, der muslimischen Bevölkerung und anderer Glaubensgemeinschaften. „Und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es soll uns doch gelingen.“ Der Choral von Martin Luther, „Feste Burg“, ist Bestandteil jedes Reformationsgottesdienstes. Wir feiern in diesem Jahr 500 Jahre Reformation. Da lag es nahe, Bremer Diakone als besondere Gäste einzuladen. Sie sind unter uns; ich durfte sie bereits vor unserem Neujahrsempfang in der Mittelhalle begrüßen. Die Reformation ist nicht nur Geschichte, sondern aktueller denn je. Sie bestärkt uns in den menschlichen Grundfesten; sie gab uns mit der Bibelübersetzung die deutsche Sprache; sie ermöglichte die Freiheit für alle, sich zu seinem Glauben zu bekennen, seine Meinung zu äußern und sich Wissen anzueignen. So stammt die Volksschule aus dem reformatorischen Denken. Die Reformation hat nicht nur die Kirchen, sondern die ganze Gesellschaft verändert. Und diese steht heute wieder unmittelbar vor Herausforderungen, die von Religionsseite an sie gestellt werden.

Ich begrüße mit Freude die hochrangigen Repräsentanten und Repräsentantinnen der Bremer Wirtschaft und denke dabei an ein Meisterstück aus dem Unternehmerlager. Anfang 2016 fusionierten die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven. Der Akt mag hinter den Kulissen nicht immer einvernehmlich von statten gegangen sein. Dem Außenstehenden boten sich freilich das Bild eines disziplinierten, geräuschlosen und effektiven Handels und ein Resultat, dass man als ein Signal an die Politik für mehr Kooperation im kleinsten Bundesland verstehen kann. Der Zusammenschluss entlastet die Unternehmen und erzeugte als schönes Nebenprodukt eine gut dotierte Schütting-Stiftung, deren Stiftungsrat ich angehören darf. Der Bildung, Ausbildung und Wissenschaft in unserem Lande wird die Einrichtung noch sehr förderlich sein.

Mein Willkommensgruß geht an die Gäste aus den Bereichen Wissenschaft, Medien, Bildung und Ausbildung und Sport – und schließlich der Bundeswehr. Allen hier Versammelten und all unseren Bürgerinnen und Bürgern möchte ich an dieser Stelle Dank sagen und Anerkennung aussprechen: Die bremische Gesellschaft ist eine ohne Hass und mit Anteilnahme, eine der Mitmenschlichkeit und des Zusammenhalts, wie das Beispiel der gelungenen Eingliederung der Flüchtlingsströme des vergangenen Jahres beweist. Das war und ist eine eindrucksvolle Leistung, eine Gemeinschaftsleistung. In Bremen können wir auf Solidarität verweisen. Schon aus Tradition: Die Bewohner der freien, hanseatischen und republikanisch organisierten Stadt, die inzwischen ein Zwei-Städte-Staat ist, haben seit Jahrhunderten immer wieder in Vielfalt und Toleranz gelebt, Fremden Zuflucht gewährt und deren Kultur respektiert. Das ausgeprägte bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement bietet bis heute eine stabile Grundlage dafür, aufeinander zu achten und aufzupassen. Das Bürgertum hat die Macht nicht allein den Regierenden überlassen, sondern sich früh emanzipiert, auf Mitsprache und Teilhabe gedrungen. Das wurde bis heute fortentwickelt. Und darauf können wir bauen und vertrauen, gerade 2017, in dem wir den 70. Geburtstag der Neugründung unseres Landes feiern. Ich darf an dieser Stelle schon mal auf den Neujahrsempfang des Senats am 18. Januar in der Oberen Rathaushalle hinweisen, der gleichzeitig das besondere Jubiläum würdigen wird.

Meine Damen und Herren,

der Begrüßungsreigen wäre unvollständig, wenn ich nicht die Kultur erwähnen würde. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich tun, weil ich das Gefühl habe, dass sie von der Meinungs- und Entscheidungselite des Landes und der Stadt gerne etwas stiefmütterlich beziehungsweise als Nebensache behandelt wird. Zu Unrecht. Die Kultur ist unser Glück, ein Gut zum reuelosen Genuss. Zu meinem Ritual am 1. Januar gehört das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, das weltweit ausgestrahlt wird: Walzer-Seligkeit von einem Ausnahmorchester, ein paar Polka-Klänge zwischendrin und habsburgisch-prächtige Bilder aus Wien. Diesmal kam noch etwas Überraschendes hinzu – eine, wenn auch kleine Friedensbotschaft gegen die weit verbreitete Angst. „Mephistos Höllenrufe“, ein Johann-Strauss-Walzer und sein

dramatischstes Werk, waren bewusst gewählt angesichts der derzeitigen irdischen Konflikte. Die musikalische Antwort folgte prompt mit einer furiosen, trotzigem Strauß-Polka: „So ängstlich sind wir nicht.“ Sie haben das aufmunternde Stück zum Auftakt unserer Veranstaltung gehört.

Ja, Kunst und Kultur haben uns viel zu sagen: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, ein vernünftiges Wort sprechen.“ Goethes Empfehlung – was ist bloß daraus geworden? In den 70er Jahren forderte der damalige Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann „Kultur für alle“. Eine Proklamation, die allerdings weniger fruchtete als die seinerzeit grassierende Erhard'sche Staatsdirektive „Wohlstand für alle“.

Deutschlands Stärken basieren nicht zuletzt auf Bildung und Kultur. Das stammt aus der Tradition der Dichter und Denker, ist zudem einer gelungenen politischen Entwicklung hierzulande zu verdanken. Die Deutschen leben in einer Demokratie. Demokratie beinhaltet Mitbestimmung und Partizipation, damit das Angebot für jeden, an der kulturellen Vielfalt teilzuhaben. Beispiel Stadttheater: Es ist den Bürgerinnen und Bürgern seit der frühesten Jugend vertraut: anfangs von den Weihnachtsmärchen, später über das Abonnement und dann als Plattform, auf der man nicht nur Klassisches und Zeitgenössisches in Szene setzt, sondern wo gesellschaftliche Kontroversen öffentlich ausgetragen werden – ganz im Sinne von Demokratie.

Es liegt an der Gesellschaft selbst zu entscheiden, was ihr die Kunst und Kultur, ein unabhängiger Geist, das Original und Authentische in Zukunft noch wert sein sollen. Kultur darf keine Manövriermasse in den öffentlichen Haushalten sein. Ihr gebührt es, dass ein langfristig verlässlicher Prozentsatz im Gesamtbudget einer Stadt festgeschrieben wird. Wir Parlamentarier haben dazu die Macht; und wir brauchen dazu den guten Willen! Kultur ist und bleibt öffentlicher Auftrag. Ein Kulturstaat muss die kulturelle Vielfalt für die Allgemeinheit pflegen.

Die UNESCO hat im Herbst einen Weltbericht vorgelegt: „Kultur: Urbane Zukunft“. Für die Vereinten Nationen steht außer Frage, dass die Kultur integraler Bestandteil von Stadtentwicklungsstrategien sein muss. Kultur sei die DNA einer Stadt, eine Größe, die dem Dialog, der Integration und Inklusion sowie dem Frieden nutzt. Es ist fast genau zwei Jahre her, als das fürchterliche Attentat auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris passierte. Die Zeichnerin Catherine Meurisse überlebte durch Zufall, weil sie zu spät zur Konferenz kam. Ihr Trauma hat sie jetzt in einem Buch verarbeitet. Die Kultur, sagt sie, habe ihr geholfen, die innere Ruhe wiederzugewinnen.

Meine Damen und Herren,

die Zukunft ist ungewiss. Man muss darin aber nicht vordergründig das Bedrohliche sehen, sondern vielmehr die Chance erkennen, nämlich zu neuen Ufern aufzubrechen und der neuen Zeit mit Neugier zu begegnen. Ich zum Beispiel bin ganz gespannt auf den Kanzlerkandidaten oder die Kandidatin, den oder die uns die SPD nun bald präsentieren muss. Ich bin Sozialdemokrat: Sozialdemokrat zu sein, heißt nicht nur, eine Bezeichnung für eine politische Richtung mit sich herumzutragen. Es heißt, soziale Gerechtigkeit ernst zu nehmen - nicht als frommen Wunsch, sondern als Anspruch, den es einzulösen gilt. Ich bin davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, die die soziale Spaltung überwindet und einen fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich schafft, in unserem Lande nötig und möglich ist. Mit diesen Idealen im Kopf werde ich die Kandidatur für mich bewerten. Womit wir mittendrin in der Politik wären. 2017 bedeutet vor allem ein Super-Wahljahr. Zu neuen Ufern aufbrechen?

Die Bundespräsidentenwahl im Februar dürfte noch am unspektakulärsten verlaufen. Im Saarland und in Schleswig Holstein sind die Menschen am 26. März und 7. Mai aufgerufen, einen neuen Landtag zu bestimmen. Am 14. Mai werden im bevölkerungsstarken Nordrhein-Westfalen die Urnen aufgestellt. Die Wahl an Rhein und Ruhr gilt gemeinhin als Testlauf für die Bundestagswahl im September. Auch im europäischen Ausland werden die Karten neu gemischt. Die Niederländer wählen im März eine neue Regierung; die Franzosen im Mai in einer Stichwahl einen Staatspräsidenten – oder eine Staatspräsidentin! Mit Madame Le Pen und Geert Wilders verfügen beide Länder über einflussreiche politische Rechtsaußen. Bei allen Wahlen stellt sich die bange Frage nach einem weiteren Popularitätsgewinn der Populisten, der Rechtspopulisten. Inwieweit wird sich das Abschneiden jener Kräfte, die nichts als Angst und Neid im Menschen zu schüren verstehen, auf künftige Regierungsbündnisse auswirken? Werden sie den etablierten Volksparteien, die schon in der Vergangenheit massiv Wähler einbüßten, quantitativ allmählich ebenbürtig? Nach einer aktuellen Wählergunst-Umfrage kommt die SPD nur noch auf 20 Prozent, die AfD dagegen schon auf 15 Prozent. Aber: Spätestens seit dem Vorhersage-Debakel zur US-Präsidentenwahl wissen wir, was wir von Trendforschern und Demoskopie zu halten haben. Und es gibt immerhin einen positiven Effekt zu vermerken, wie ich heute Morgen dem Weser-Kurier entnahm. Die Volksparteien gewinnen wieder Mitglieder als Antwort auf Trump. Ich hoffe, Sie wissen das zu würdigen und enttäuschen diese Menschen nicht.

Trotzdem kann man nicht behaupten, dass uns die Aussicht auf den großen Wahlmarathon erwartungsfroh stimmt. Die Verhältnisse sind nicht so: Es herrscht Unfrieden in der Welt; ganze Nationen zerfallen; amerikanische Panzer und Militärgerät kehren über Bremerhaven nach Europa zurück und bringen Vorboten eines neuen Kalten Krieges, Terror und Massenmord nisten sich in der zivilisierten Gesellschaft ein, dringen bis ins Zentrum Deutschlands vor; Gewalt breitet sich an öffentlichen Plätzen in erschreckendem Maße aus. Es vermehren sich die Bereitschaft

zu kränken und eine Sprache des Hasses – Goethe würde sich im Grabe umdrehen, Luther ebenso! Der neue amerikanische Präsident Donald Trump wird – unwidersprochen – mit den Worten zitiert: „Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue in New York jemanden erschießen, und ich würde keinen einzigen Wähler verlieren. Es ist einfach unglaublich.“ Ja, es ist unglaublich, wie fürchterlich es um die moralischen Qualitäten eines der mächtigsten Männer der Welt bestellt ist. Um es auf den Punkt zu bringen: Unser freiheitliches, von Humanismus getragenes, demokratisches Wertesystem ist in Gefahr geraten. In Amerika und auch in Europa gibt es inzwischen einflussreiche Politiker und Parteien, die offensichtlich darauf pfeifen. Zum wesentlichen Störenfried ist der Populismus geworden – und zwar ein demagogischer, Rechtsaußen-Populismus. Ihre Protagonisten begnügen sich damit – aus Kalkül oder aus Dummheit – Ressentiments zu schüren, Tabus zu brechen, Verschwörungstheorien zu verbreiten und zur Lüge zu greifen. Sie erziehen sich eine Wählerschaft, der es eine Befriedigung ist, Vorurteile bestätigt zu bekommen. Das ist töricht und eine verhängnisvolle Entwicklung – und wir müssen auf der Hut sein, dass uns das vermeintliche „postfaktische“ Zeitalter mit seinem religiös motivierten Fanatismus nicht in eine postdemokratische Epoche entgleitet!

Ich habe das unguete Gefühl, dass die digitale Vernetzung und ihr Zubehör eine Demokratieersetzung forcieren. Auf der einen Seite rauben uns, dem Einzelnen, die Smart-Phons mit den heruntergeladenen Apps ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung, das wir wohl noch gar nicht erahnen können. Auf der anderen Seite bringt das Internet Social Media hervor, woraus sich vielfach asoziale Medien bilden, die Propaganda und Hetze, Beleidigungen und Erniedrigung Tür und Tor öffnen. Dem müssen jene Pädagogen, die plötzlich auf das digitale Klassenzimmer schwören, mit sehr viel Durchblick, auch Skepsis, vor allem mit Erziehung zur Medienkompetenz begegnen, Facebook ist nicht nur, nicht zuerst Technologie, sondern vor allem eine Nachrichten- und Meinungsplattform, auch wenn dort überdurchschnittlich mit blutleeren Vokabeln und Parallel-„Wahrheiten“ hantiert wird.

Hier müssen die gleichen Regeln gelten wie in Medienhäusern und Verlagen, die dem Presserecht unterliegen – und eben auch die Standards eines Qualitätsjournalismus, wie wir ihn in Deutschland kennen. Gesetzesverstöße im Netz müssen konsequent zur Strafverfolgung führen. Ich las kürzlich in der Süddeutschen Zeitung einen Text, der mir sehr aus dem Herzen spricht. Ich zitiere: „Vielleicht müssen wir Journalisten neu lernen, dass man einen Text durchaus auch mal beginnen kann mit den drei Wörtern: Das ist falsch. Wenn einer den Klimawandel oder die Evolution leugnet oder mit Lügen gegen Minderheiten hetzt, darf man darüber nicht berichten, sondern muss dazu senden oder schreiben: Das ist eine Erfindung.“ Zitatende. Ja, ich möchte weiter von Ihnen, den verantwortungsbewussten Journalisten informiert werden – und nicht von einem Algorithmus oder einem sich verselbstständigenden Computerprogramm!

Meine Damen und Herren,

es liegt mir fern, das Internet, gar die Globalisierung zu verteufeln. Ich wäre ja naiv, närrisch. Ein Narr? Vor mehr als 500 Jahren hat ein gewisser Sebastian Brant der vorreformatorischen Gesellschaft den Spiegel vorgehalten, in seinem bekannten satirischen „Narrenschiﬀ“ dichtete er 1494: „Ein Narr verspricht an einem Tag. Mehr als die Welt je leisten mag.“ Und:
„In Narrheit ist die Welt ertaubt
und jedem Narren man jetzt glaubt.
Viel Praktik und Weissagekunst
verbreitet jetzt der Drucker Gunst;
drucken alles, was man bringt
und das man schändlich sagt und singt.
Da schaut nun niemand strafend drein,
die Welt, die will betrogen sein!“

Erstaunlich, wie vortrefflich der Vers doch unsere heutige gesellschaftliche Situation beschreibt. Es vergrößert sich die Schar der Narren, die Böses im Schilde führen, die die Menschen für dumm verkaufen und mit Schein-Wahrheiten ködern. Der Begriff Populismus hat Inflation. In Schweizer Presseerzeugnissen beispielsweise tauchte er 2016 dreimal häufiger auf als 2015 und dreimal mehr als die Wörter Liberalismus und Idealismus, wie die Neue Zürcher Zeitung ermittelte. Wir können das Potential an Leuten, die Politik und Demokratie verachten und als fremdenfeindlich bis rassistisch auffallen, nicht ignorieren – vor allem auch deshalb nicht, weil sie sich längst in der Mitte der Gesellschaft bewegen und nicht bloß an den Rändern. Das Misstrauen in die Redlichkeit von Politikern nimmt ständig zu, und es geht das verloren, was ein demokratisches, auf Repräsentation beruhendes System am dringendsten benötigt: Vertrauen.

Populismus speist sich aus der Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen und der Suche nach Sündenböcken. In Deutschland sind die Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit seit 2000 um 30 Prozent gewachsen, die Einkünfte aus gewerblicher Arbeit durchschnittlich um fünf Prozent. Bei den unteren Lohngruppen kam so gut wie nichts an. Viele Menschen sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen. In Ostdeutschland tragen sie in knapp 40 Prozent aller Haushalte mindestens zur Hälfte des Lebensunterhalts bei. Die Betroffenen empfinden das als Kränkung. Für eine Gesellschaft, die sich die soziale Marktwirtschaft auf die Fahnen schreibt, ist das ein Armutszeugnis. Die Bereitschaft des Teilens, die Solidarität der Vielbesitzenden mit denen der Wenig- und Nichtsbesitzenden wäre eigentlich das Gebot der Stunde. Ich sage eigentlich, weil wir schon seit längerem wissen, dass die vertiefte Kluft zwischen Reich und Arm nicht mehr hinnehmbar ist.

Ich frage mich ernsthaft, ob uns, die wir hier versammelt sind und denen es relativ gut geht, ob den Entscheidern und Machern nicht längst die Empathie für den Durchschnittsmenschen fehlt. Ich zweifele daran, dass wir uns in jene Frauen und Männer hineinversetzen können, die nicht zu „denen da oben“ gehören. Vielleicht wettern sie gegen „das“ System, vielleicht ist es für sie befremdlich, einen Flüchtling in ihrer Nachbarschaft zu haben. In Wirklichkeit aber fühlen sie sich in ihren elementaren Lebensbedürfnissen bedroht: eine bezahlbare Wohnung in einem Quartier, das nicht heruntergekommen ist, eine unbefristete Arbeitsstelle, ein Umfeld, das die Gründung einer Familie und eine gute Erziehung der Kinder ermöglicht, ordentliche Ausbildungsplätze und ausreichende medizinische Versorgung. Das ist alles nicht zu viel verlangt – übrigens auch nicht das Bemühen, den Suchenden und Besorgten mit Empathie, Wärme und Wahrhaftigkeit zu begegnen.

Deutschland ist eine offene, demokratische, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten basierende Gesellschaft und muss es bleiben. Zweifellos schützt die Meinungsfreiheit rechtspopulistische Parolen, aber sie schützt auch uns, wenn wir energisch widersprechen, unsere Werte verteidigen und standhalten. Der große tschechische Literat, Revolutionär und Staatsmann Vaclav Havel hat einmal gesagt: „Solange wir um die Freiheit kämpfen mussten, kannten wir unser Ziel. Jetzt haben wir die Freiheit und wissen nicht mehr so genau, was wir wollen.“ Meine Damen und Herren, nehmen wir uns davor in Acht, Demokratie aus unserem wachsamem Blick zu verlieren. Denn ein Zustand der Normalität kann leidenschaftslos und träge machen. Kümmern wir uns!

Empathie ist Zukunft, Engagement, Mut ebenfalls – und auch ein bisschen Demut. Als ich vor nun bald 17 Jahren mein Amt als Bürgerschaftspräsident antreten durfte, habe ich mir gesagt: Es reicht nicht, als Stellvertreter der Bürgerinnen und Bürger unserem Land zu dienen. Ich will diesen Dienst mit ihnen gemeinsam tun. Das erscheint mir heute wichtiger denn je!